

kommen. Und da würde ich mir wünschen, daß Sie etwas mehr mitarbeiten.

Das zweite, Sie sind sehr gutgläubig, stelle ich fest. Ich biete Ihnen einen Handel an. Wenn die vier bis fünf Milliarden, die der LDP zugeschrieben werden, wirklich da sind, stellen wir dem Bündnis eine Milliarde davon zur Verfügung. Wenn nicht, möchten wir Sie auffordern, vielleicht zwölf Monatsgehälter an uns zu zahlen.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe nicht von Milliarden der LDP, sondern von Milliarden insgesamt gesprochen, aller Parteien. Ich habe den „Spiegel“ zitiert für die Tatsache, daß der LDP

(Gelächter bei CDU/DA)

für diese Dinge Geld zugeflossen ist. Ich habe da nicht über Höhen gesprochen.

(Lehment, F.D.P.: Das bestreitet ja keiner.)

Ihr eigener Kollege bestreitet es nicht.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der SPD)

—**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Die Aussprache ist damit beendet. - Entschuldigung, der Ministerpräsident hat ums Wort gebeten.

Ministerpräsident de Maiziere:

Meine Damen und Herren, wenn ich hier in der Funktion als Ministerpräsident angesprochen worden bin, möchte ich mich zu den erhobenen Vorwürfen äußern.

Erstens. Die von diesem Haus beschlossenen §§ 20 a, 20 b des Parteiengesetzes sind im Amt des Ministerpräsidenten erarbeitet worden, nicht etwa von Ihrer Fraktion.

Zweitens. Die Kommission ist in ihrer Arbeit schwierig auf den Weg gekommen aus den Gründen, die eben genannt wurden, daß die Abgeordneten häufig nicht anwesend waren. In besonderer Weise glänzte da der Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

(Schulz, Bündnis 90/Grüne: Das ist doch demagogisch, deswegen ist doch die Arbeit nicht blockiert!)

Es war so. Sie können im Anschluß, wenn ich ausgesprochen habe, Nachfragen stellen, aber das hilft uns hier im Moment nicht weiter.

(Schulz, Bündnis 90/Grüne: Das ist erstmalig, daß Sie das gestatten.)

Das ist nicht zutreffend, wir können die Protokolle durchsehen.

Drittens. Es ergeben sich eine Reihe von relativ komplizierten Rechtsfragen, die auch im Zusammenhang mit dem heute eingebrachten Gesetz der DSU zu prüfen sind. Wenn eben Volkseigentum in Rechtsträgerschaft des einen oder anderen, dann gehen die Wege, die angedacht waren, auch die in dem Gesetz angedacht waren, nicht, denn Enteignung, egal, auf welchen verfassungsrechtlichen Boden Sie sich stellen, der noch geltenden DDR-Verfassung in der vorliegenden Form mit dem Verfassungsgrundsatzgesetz oder des Grundgesetzes, Enteignung gibt es in allen Verfassungen immer nur gegen Entschädigung. Das ist ja wohl nicht das, was Sie unbedingt wollten, sondern Sie müßten Rückabwicklungen und ähnliches prüfen.

Nächstens. Sie werden nicht umhin können festzustellen, daß die CDU im April 1945 ihren Gründungsauftrag hatte und daß die

Verbiegungen, zu denen wir auch stehen, wesentlich späteren Datums sind, zu dem Zeitpunkt, als andere sich bereits vereinigt hatten und ihr Vermögen dort untergegangen war.

(Beifall bei CDU/DA)

Wenn von Kontenvermögen die Rede ist, dann ist es eben jenes, und da kann die Bilanz jederzeit offengelegt werden, das der CDU aufgrund des Wahlergebnisses vom 18.3. und vom 6. Mai zugestanden hat nach den gesetzlichen Regelungen, die Sie selbst beschlossen haben.

Nächster Punkt. Die konkrete Abwicklung der Verpflichtungen aus dem Paragraphen 20 a, 20 b ist mir von der Kommission jetzt in einem rechtlichen Vorschlag zugearbeitet worden. Dieser wird in einer Durchführungsverordnung erfaßt werden, und letztlich ist dafür gesorgt worden, daß in den Anlagen zum Einigungsvertrag, in der Anlage 2, diese Bestimmung des Parteiengesetzes der DDR als fortgeltendes Recht gilt, damit diese Arbeit auch zu Ende geführt werden kann.

(Beifall bei CDU/DA)

Und nun Ihre Zwischenfrage.

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Herr Ministerpräsident, würden Sie es nicht als demagogisch betrachten, wenn Sie die Abwesenheit des Vertreters von der Fraktion Bündnis 90/Grüne hier zum Anlaß nehmen, daß diese Regelung aufgehoben ist, obwohl Sie wissen könnten, daß dieser Vertreter des öfteren krank war und deswegen nicht daran teilnehmen konnte, auch hier nicht im Plenum ist, um sich zu verteidigen zu diesen Vorwürfen.

(Unruhe im Saal)

Ministerpräsident de Maiziere:

Gut, ich will diesen Vorwurf nicht singularisieren; es waren auch noch andere Abgeordnete, die nicht anwesend waren, so daß die Arbeit erschwert und an manchen Tagen unmöglich geworden war.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Anfrage. Sind Sie bereit, darauf einzugehen?

(de Maiziere: Ja)

Lehment (F.D.P.):

Herr Ministerpräsident, finden Sie das richtig, daß Sie sich als Ministerpräsident das Wort nehmen und sich dort immer als CDU-Vorsitzender ausdrücken?

(Beifall)

Ministerpräsident de Maiziere:

Kollege Lehment, darauf will ich gern erwidern: Ich bin als Ministerpräsident in dem Redebeitrag angesprochen worden, und zwar in einer Weise, daß man meinte, man könne über die Person des Ministerpräsidenten den CDU-Vorsitzenden gleichermaßen ansprechen.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich kann es nun mal nicht ändern, daß der Ministerpräsident von der stärksten Fraktion des Hauses gestellt wird.

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)